



"WEIL DIE LEHRER DA UNBEDINGT HINGEHEN WOLLTEN, MAN DURFTE JA NICHT ZUHAUSE BLEIBEN"

Interview mit Schüler entlarvt und blamiert die FFF-Bewegung

Von EUGEN PRINZ | Seit Samstag ist auf YouTube ein Video zu sehen, das jede Comedy-Sendung im Fernsehen wie einen Trauergottesdienst erscheinen lässt.

Wer auch nur einen Funken Humor hat, wird sich über das totlachen, was der 14-jährige Berliner Schüler Florian F., der wie so viele seiner Altersgenossen durch Anwendung von sozialem Druck zu einer Fridays For Future Demonstration genötigt wurde über die Veranstaltung denkt.

Das sieht man nicht im Fernsehen!

Ja, so etwas bringen sie nicht im Fernsehen, obwohl die Ansichten des jungen Mannes wohl repräsentativ für die Mehrheit jener sein dürften, die bei einer solchen Demo mitlaufen.

Die Beweggründe für die Teilnahme, vorgetragen mit einem treuherzigen Lächeln: „Es ist immer noch besser als Unterricht

– und weil unsere Lehrer so Ökofreaks sind.“

Diese Motive, so der Schüler, gelten auch für die anderen, die mitmarschiert sind. Nur „fünf bis drei Leute“ seiner Klasse glauben dran. Daher war es für die Demonstranten auch kein moralisches Problem, Plastikmüll auf den Boden zu werfen und mit dem Diesel-Bus zur Demo und wieder zurück zu fahren. Wieviel CO₂ in der Luft ist? „Keine Ahnung, aber ich kanns mal googeln...“ Seine Schätzung: 50 – 60%. „... und die Lehrer sagen bestimmt 95%“.



Exklusiv auf PI-NEWS: Die Reaktion von Greta Thunberg auf das Video.

Das sind nur einige Highlights dieses köstlichen Interviews, das die FFF-Bewegung als das entlarvt, was sie ist: Eine Instrumentalisierung unschuldiger junger Menschen durch fanatische linksgrüne Öko-Ideologen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Hier der [Twitter-Account des Autors](#).



**Berlin: Klima-Faschistin am
Lehrerpult nötigt Schüler zur**

Demo

Von EUGEN PRINZ | Am heutigen Freitag findet der große „[Klimastreik](#)“ statt. Organisiert wird das Ganze von den Profis-Schulschwänzern der „Friday for Future“ – Bewegung. Diese neunmalklugen Spinner bemühen sich ebenso redlich wie erfolgreich, Deutschland so umzugestalten, dass ihre „Future“ tatsächlich den Bach hinunter gehen wird. Aber spätestens dann, wenn sich die einstige Wirtschaftsmacht in ein von Migranten übervölkertes Dritte-Welt-Land verwandelt hat, in dem Massenarbeitslosigkeit und Armut herrschen, werden auch diese Narren erkennen, dass sie aufs falsche Pferd gesetzt haben. Leider ist es dann schon zu spät.

Hohe Teilnehmerzahl am Klimastreik = Hohe Klimasteuer

Vom Wohlwollen der Merkel-Regierung begleitet, hat sich der Klima-Hype inzwischen zu einer Massenhysterie gesteigert. Die Flüchtlingskrise ist vergessen und die Menschen flehen förmlich um eine CO2-Steuer, um dem Untergang zu entrinnen. Und je mehr Menschen heute am „Klimastreik“ teilnehmen, umso tiefer werden uns, ermutigt von diesem Vorgang, die Regierenden in Berlin in die Taschen greifen.

Was waren angesichts dessen die Propagandaminister früherer Zeiten für Dilettanten...

„Klimakrise“ gefundenes Fressen für grün-linke Lehrer

In den Schulen ist die Besorgnis erregende Tendenz zu beobachten, dass immer mehr Lehrer den Unterricht zur Verbreitung ihrer grün-linken Ideologie missbrauchen, statt Wissen zu vermitteln. Indoktrination geht vor Information. Primär ist hier der „Kampf gegen Rechts“ zu nennen, aber neuerdings auch die Klimareligion. Nicht nur in der Erwachsenenwelt, auch in den Schulen macht sich inzwischen jeder verdächtig, der sich nicht an der allgemeinen Massenhysterie beteiligt. Einem Bericht der [Berliner Zeitung](#)

zufolge bekam das vor einigen Tagen ein 11-jähriger Schüler in der Bundeshauptstadt zu spüren. Dieser gehört einer aussterbenden Spezies an: Den bildungshungrigen, musisch begabten jungen Deutschen. Statt am „Klimastreik“ teilzunehmen, wäre der Elfjährige gerne zum Klavierunterricht gegangen, der just um die selbe Zeit stattfindet.

Blasphemie!

Seine Lehrerin, die sich ebenfalls der Klimareligion verschrieben hat und offenbar ihre Berufung darin sieht, die ihr Anvertrauten zum wahren Glauben zu bekehren, witterte Blasphemie. Der „Klima-Ketzer“ machte vor der versammelten Schulklasse mit der Heiligen Inquisition Bekanntschaft, als ihn die Lehrerin wissen ließ:

„Wenn Dir Deine Zukunft egal ist, dann brauchst Du natürlich nicht hinzugehen“.

und setzte nach:

„Mir ist meine Zukunft jedenfalls nicht egal“

Man kann sich gut vorstellen, wie es danach in dem vor der gesamten Klasse als Klima-Ignoranten bloßgestellten Schüler ausgesehen hat.

In keiner Phase des Lebens ist der Gruppenzwang so ausgeprägt, wie in der Kindheit und Jugend. Man will, nein, man muss dazugehören. Und ohne eine Anpassung an die Gruppennormen gibt es keine Mitgliedschaft, was in diesem Alter Ausgrenzung und Mobbing nach sich zieht. Als ausgebildete Pädagogin kennt die Lehrerin diese Mechanismen sehr genau und hat sie instrumentalisiert, um den Schüler zur Teilnahme am „Klimastreik“ zu nötigen. Zudem hat sie mit dieser Aktion dafür gesorgt, dass der Elfjährige künftig nicht mehr auf den Gedanken kommt, bei solchen Veranstaltungen aus der Reihe tanzen zu wollen, denn er ist jetzt angezählt...

Radikalenerlass wieder einführen?

Da wünscht man sich die Zeit zurück, in der in Deutschland noch der „Radikalenerlass“ in Kraft war, der linke und rechte Wirrköpfe vom Staatsdienst ausschloss. Im Geltungszeitraum von 1972 bis 1991 wurden etwa 1.250 überwiegend als linksextrem bewertete Lehrer und Hochschullehrer nach einer entsprechenden Überprüfung nicht eingestellt, sowie rund 260 bereits Eingestellte entlassen. Angesichts einer solchen Regelung würden sich die grün-linken Vögel unter den Lehrern wieder etwas mehr Zurückhaltung auferlegen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Schülerrandale in Starnberg – Das Symptom einer miskalibrierten Jugend

Von EUGEN PRINZ | **(Update 27.07.2019, 16.00 Uhr)** Das kleine Städtchen Starnberg bei München hat knapp 24.000 Einwohner und ist hauptsächlich bekannt für seine hohe Millionärsdichte und den Spitzenplatz in Deutschland, was die Kaufkraft seiner Einwohner betrifft. Es ist ein Ort, in dem fast ausschließlich gut situierte Menschen leben. Mit anderen Worten: Grünen-Wähler.

Jetzt macht Starnberg bundesweit erstmals mit einer dicken Negativschlagzeile von sich reden. Was war geschehen? Donnerstagnacht fand auf dem Gelände des Gymnasiums das alljährliche Sommerfest statt, an der sowohl Schüler als auch externe Jugendliche teilnahmen.

15-Jähriger Schwarzer löst Massenkrawall aus

Zu diesen Externen gehörte auch der 15-jährige Samuel S., der zu randalieren begann und von den Security-Mitarbeitern nicht beruhigt werden konnte. Deshalb musste die Polizei einschreiten. Die Beamten hatten keinen weiten Weg, da sich die Polizeiinspektion Starnberg direkt neben dem Gymnasium befindet. Gegenüber den Ordnungshütern zeigte sich der Jugendliche „extrem aggressiv und beleidigend“. Die mehrmalige Aufforderung der Polizisten, das Fest zu verlassen und nach

Hause zu gehen, ignorierte der 15-Jährige, weshalb ihn die Beamten in Gewahrsam nahmen. Schon zu diesem Zeitpunkt versuchen mehrere Jugendliche, dies zu verhindern. Einer will sogar gegen den Kopf eines Polizisten treten, verfehlt ihn jedoch.

Nachdem die Polizei den Randalierer zur Dienststelle gebracht hat, ziehen Schüler und andere Party-Gäste vor die Polizeidienststelle und fordern die Freilassung des Festgenommenen. Sie betiteln die Polizisten als „Hurensöhne“ und die Festnahme von Samuel S. sei nur erfolgt „weil er schwarz ist“.

„Aus einer Gruppe von rund 50 Personen wurden Flaschen und Steine geworfen. Einzelne versuchten massiv, die Eingangstür aufzubrechen, was aber nicht gelang“, heißt es später in der [polizeilichen Pressemitteilung](#).

Erst mit einem massiven Polizeiaufgebot aus den umliegenden Dienststellen konnten Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Ein 19-Jähriger wurde vorläufig festgenommen, ein weiterer 15-Jähriger seinen Eltern übergeben.

Die Kriminalpolizei ermittelt jetzt wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der versuchten Gefangenenbefreiung, der versuchten gefährlichen Körperverletzung und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.

Der in Gewahrsam genommene Samuel S. wurde in eine Klinik gebracht, nachdem er plötzlich über Kopfschmerzen klagte. Derzeit wird er dort stationär behandelt. Alkotest und Drogenschnelltest verliefen positiv.

Im Laufe des gestrigen Abends wurden von den Polizeikräften weitere Personalien festgestellt. Die notwendigen Befragungen und Ermittlungen dazu dauern an.

Situation auch für den Pressesprecher neu



PI NEWS hat am Freitagnachmittag noch einige Details beim zuständigen Pressesprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord erfragt. Bei den bisher ermittelten Haupttätern handelt es sich laut dessen Auskunft um Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die Rede ist hier von jenen, die die Polizeiwache stürmen wollten, nicht von Samuel S. Bei der Zusammenrottung können einige Schüler oder Externe mit Migrationshintergrund dabei gewesen sein, aber es handelte sich hier nicht um einen „Migrantenmob“.

Der Polizeisprecher äußerte zudem, dass er so etwas noch nicht erlebt hätte. Dem kann der Autor nur zustimmen. Auch ihm ist eine derartige Eskalation in solch gut bürgerlichen Kreisen noch nicht untergekommen.

Kommentar: Der Mob von Starnberg – man erntet was man sät

Wundern muss man sich allerdings über eine solche Entwicklung nicht. Tagtäglich wird den Jugendlichen von der Politik und den Medien vorgelebt, dass Recht und Gesetz keinerlei Bedeutung mehr haben, wenn ein moralisch hochstehendes Ziel verfolgt wird.

Wie jüngst erst aufgezählt: Da werden am laufenden Band zwischenstaatliche Verträge gebrochen, weil man Griechenland, den Euro und die EU retten muss; man schert sich weder um den Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz, das Dublin-Abkommen oder das

Aufenthaltsgesetz wenn es um das hehre Ideal geht, jedem Mühseligen und Beladenen Asyl in unserem Land zu verschaffen und bei einer Abstimmung über ein Gesetzespaket werden von der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth rund 100 Hanseln kurzerhand zur Hälfte der Bundestagsabgeordneten erklärt, damit man der bösen AfD eins auswischen kann. Die gesetzlich festgeschriebene Schulpflicht verliert unter dem gemeinsamen Beifall von Eltern, Lehrern, Medien und der Politik ihre Bedeutung, denn es geht ja darum, das Klima zu retten.

Was sollen denn die jungen Menschen in unserem Land aus all dem lernen? Besonders der Hype um ihre „fridays for future“ – Bewegung hat sie zu dem Glauben verführt, sie wären im Besitz der allein selig machenden Wahrheit und hätten absolute Narrenfreiheit, egal was sie tun. Ist es da nicht völlig normal, dass sie mit roher Gewalt eine Maßnahme verhindern wollen, die sie dank ihrer miscalibrierten Persönlichkeiten als ungerecht empfinden, nur weil der Festgenommene eine schwarze Hautfarbe hat und deshalb nach ihrer Meinung tabu sein muss? Was diese Jugendlichen in Starnberg getan haben, ist nichts anderes als die logische Fortsetzung dessen, was sie jeden Tag als vorgelebtes Beispiel zu sehen und zu hören bekommen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Rendsburg: Strafen für Verweigerung des Moscheebesuchs

Er sollte angeblich im Rahmen des Erdkundeunterrichts (Projekt „Der Orient – Machtfaktoren Wasser und Erdöl“) stattfinden, der Besuch einer Rendsburger Moschee.

Vermutlich wurde den Schülern des Gymnasiums dort aber eher nicht erklärt, in welchen Erdschichten Erdöl und Erdgas gelagert sind oder wie Probebohrungen aussehen. Und sicher auch nicht, wie die Produktivität der Arbeit wegen der Unterbrechungen durchs Beten oder Fasten im Islam beeinträchtigt wird.

Es dürfte der übliche minimale Quatsch gewesen sein: Ausrichtung der Gebetsnische nach Mekka, rituelle Waschung, warum Männer und Frauen getrennt beten (Männer sind im Islam

rund um die Uhr scharf, lassen sich also auch von Allah ablenken, wenn eine Frau in der Nähe sitzt) und so weiter. Islam-Propaganda mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit, aber das wollte das Gericht nicht wissen.

Es galt die blinde Fixierung auf einen als bunt gesetzten Fetisch der deutschen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Das Gericht folgte damit der mittlerweile pensionierten Schulleiterin, die jeden Kompromiss im Vorfeld des Besuches abgelehnt hatte.

Die [Schleswig-Holsteinische Landeszeitung](#) berichtet über das Urteil:

Die Eltern eines Schülers in Rendsburg müssen 50 Euro Bußgeld zahlen, weil sie ihrem Sohn 2016 einen Moscheebesuch im Rahmen des Schulunterrichts untersagten: Der Rendsburger Gymnasiast weigerte sich, mit seiner Klasse die örtliche Moschee im Rahmen des Geografieunterrichts zu besuchen. Die Eltern sollten daraufhin Strafe zahlen?– Vater und Mutter je 150?Euro. Gegen den Bußgeldbescheid klagten sie. Am Mittwoch wurde der Fall erneut vor dem Amtsgericht Meldorf verhandelt.

Richterin Melanie Buhk wertete es als strafmildernd, dass die Eltern – beide überzeugte Atheisten – 2016 von sich aus um Ersatzunterricht in der Schule angefragt hatten. Doch die inzwischen pensionierte 62-jährige Schulleiterin lehnte die Teilnahme an einer Schulstunde in der Parallelklasse ab. Weiterer Pluspunkt aus Sicht der Richterin: Der damals 13-Jährige hatte zuvor noch nie unentschuldigt gefehlt. Das neue Urteil: Nicht 150?Euro pro Kopf, sondern nur 25?Euro sollen die Eltern zahlen.

Das Urteil kam so zustande: Die Richterin, so die SHZ, sah in dem Moscheebesuch nur „allgemeinen Unterricht“ mit lediglich „religiösen Bezügen“. Dies durfte aber nicht genauer hinterfragt werden. Welche inhaltlichen Schwerpunkte in der Moscheeunterweisung stattfanden, durften die Schüler nicht

aussagen, sie wurden als Zeugen nicht zugelassen. Auch die Schleswig-Holsteinische Zeitung fragte nicht bei Lehrern oder beim Imam nach, welchen Inhalt er denn vermittelte. Sie will es nicht wissen und weiß, warum.

Es ist geradezu bizarr, was das Gericht stattdessen den Eltern und ihrem Kinde zugute hielt: Der Schüler habe bislang nicht unentschuldigt gefehlt und die Eltern hätten von sich aus nach einem Ersatzunterricht gefragt. Was hat das mit dem Grundrecht auf Religionsfreiheit zu tun? Dieses besteht unabhängig vom entschuldigtem Fehlen, von gemachten Hausaufgaben oder dem Unterricht an einer Schule.

Der Anwalt machte denn auch geltend, dass niemand zum Betreten eines Sakralbaues gezwungen werden dürfe. Und man möchte ergänzen, dass bereits das Ausziehen der Schuhe (zu Ehren Allahs) durchaus als sakraler Akt gewertet werden kann. Und überhaupt nicht berührt wurden die verschiedenen Perversitäten, die dieser Glaube nicht nur bei der hier in Frage stehenden Variante der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ aufweist, die jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Eine Glaubensgemeinschaft, die sich nicht deutlich vom Primat ihrer Scharia vor dem demokratischen Staat distanziert, die die Menschenrechte stattdessen unter den Vorbehalt des „göttlichen Rechtes“ stellt (das für den Glaubensaustritt zum Beispiel die Todesstrafe fordert), solch eine Glaubensgemeinschaft, der Islam, verdient keinen Respekt, keine Unterstützung und keinen Besuch seiner „Gebetshäuser“.

Ob die Eltern weiter klagen werden, ist bislang nicht bekannt. Sie werden dabei die fortgesetzte Belastung ihres Kindes vor Augen haben, das durch eine unpädagogische Schulleiterin gegen die Klasse ausgespielt wurde und sicher unter der ganzen Angelegenheit gelitten hat und weiter leidet.

(Spürnase: jca)